

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: WISSENSCHAFT IN DER ZEITENWENDE

Die Fraktion der Freien Demokraten stellt fest: Auf die geopolitische muss eine wissenschaftspolitische Zeitenwende folgen.

"Deutschlands Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit beruhen auf seiner hohen Innovationskraft sowie technologischer und digitaler Souveränität." stellt die Nationale Sicherheitsstrategie richtigerweise fest. In anderen Worten: Die Forschungssicherheit und die Stärkung von militärischer Forschung und Forschung mit Dual-Use-Potenzial sind ein Gebot der nationalen Sicherheit. Das Kriegsgeschehen in der Ukraine zeigt eindrücklich, welche Bedeutung technische Innovationen für die Landesverteidigung haben können. Es zeigt aber auch, dass Deutschland und Europa Dual-Use-Innovationen durch robuste Spionageabwehr und Exportkontrolle schützen müssen, um strategische Vorteile sicherzustellen.

Wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt ist nicht nur Garant für unseren Wohlstand, sondern auch entscheidende Komponente der strategischen Autonomie und Wehrfähigkeit Deutschlands und Europas. Nach wie vor gibt es Stimmen, die eine strikte Trennung von Wissenschaft und nationaler Sicherheit fordern. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich diese Haltung ändern muss. Die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung muss aufgehoben werden. Es braucht eine neue Debatte über die gesellschaftliche Verortung und die Zweckbestimmung von Wissenschaft.

Die Wissenschaftspolitik der Europäischen Union, des Bundes und der Länder sowie die wissenschaftliche Selbstverwaltung sind in der Pflicht, ihr Selbstverständnis und ihre Ziele auf den Prüfstand zu stellen. Die Fraktion der Freien Demokraten formuliert in den nachfolgenden sechs Handlungsfeldern den **Plan für die Förderung von militärischer und Dual-Use-Forschung bei gleichzeitiger Stärkung von Verantwortung und Forschungssicherheit**. Darüber hinaus ist ausdrücklich das Ziel dieses Papiers, einen Diskurs über Verantwortung von Wissenschaft anzustoßen.

1. Mehr Geld für Dual-Use- und militärische Forschung

Dual-Use-Forschung, sei es in der Medizin oder in den Natur-, Ingenieur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, bietet immense Chancen für zivile und militärische Innovationen. Dem wollen und müssen wir Rechnung tragen.

- Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass im Nachfolgeprogramm von HORIZON Europe Forschungsvorhaben, die Dual-Use-Potenzial aufweisen, nicht pauschal ausgeschlossen werden. Damit würde die europäische Forschungsförderung auch einen Schritt in Richtung mehr Pragmatismus gehen. In vielen Forschungsbereichen, wie bspw. in den Materialwissenschaften, ist eine Unterteilung in Vorhaben mit und ohne Dual-Use-Potenzial ohnehin kaum möglich.
- Die Förderung durch den European Defence Fund und durch das Nachfolgeprogramm von HORIZON Europe müssen stärker verzahnt werden, um Spillover-Effekte besser nutzen zu können.

- Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein innerhalb der Forschungs- und Transferförderung des Bundes künftig verstärkt Projekte mit Dual-Use-Potenzial zu fördern. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass ein erheblicher Teil der Forschung zu Dual-Use und Rüstung in Unternehmen stattfindet.

2. Forschungssicherheit in Aus- und Fortbildungsangeboten verankern

Die Fraktion der Freien Demokraten setzt auf ein hohes Maß an Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein. Darauf müssen angehende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorbereitet werden. Die Auseinandersetzung mit ethischen und sicherheitsrelevanten Dimensionen von Forschung muss daher Bestandteil der akademischen Aus- und Weiterbildung sein - sowohl im Rahmen des Studiums als auch während des weiteren akademischen Karrierewegs. In Schlüsseltechnologien und damit in einigen besonders sensiblen Feldern, wie etwa der KI-Forschung, sollte es sogar integraler Bestandteil von Lehrinhalten sein.

- Insbesondere die Länder sowie die Verantwortlichen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind dazu aufgerufen, Forschende und Studierende durch geeignete Fortbildungsangebote und angepasste Lehrinhalte auf die verantwortliche Durchführung von Forschung mit Dual-Use-Potenzial vorzubereiten.
- Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag spricht sich für eine Stärkung des Angebots von sicherheitsrelevanten Studienrichtungen aus. Denn was relevant ist, muss auch erforscht werden. Dazu zählen ausdrücklich auch Fragen der nationalen Sicherheit. In anderen Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Spanien sind etwa die "War Studies" längst ein breit akzeptiertes Forschungsfeld.

3. Selbstbestimmtes Forschen statt institutioneller Schranken

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein konstitutives Element unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Im Lichte der geopolitischen Zeitenwende muss eine offene Debatte über die Verantwortung von Wissenschaft für unsere Freiheit und unsere Gesellschaftsform geführt werden. Sogenannte Zivilklauseln haben den Anspruch, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken und zeugen von einer unzeitgemäßen Konzeption der Verantwortung der Wissenschaft. Es ist widersprüchlich und unzeitgemäß, Forscherinnen und Forscher dazu zu verpflichten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, wenn nur wenige hundert Kilometer östlich Freiheit und Demokratie mit Waffengewalt verteidigt werden müssen.

Überdies geht eine Aufteilung von Forschung in zivile und militärische Anwendungsbereiche an der Realität vieler wissenschaftlicher Disziplinen vorbei. Die Anwendungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen - sei es aus der Navigation, der Quantentechnologie oder den Geschichtswissenschaften - sind häufig weder ausschließlich zivil noch ausschließlich militärisch.

- Pauschale Beschränkungen der zulässigen Forschungsvorhaben durch weitreichende „Zivilklauseln“ hält die Fraktion der Freien Demokraten für unverantwortlich.
- Wir sprechen uns für eine Enttabuisierung von zivil-militärischen Kooperationen zwischen staatlichen Forschungseinrichtungen, der Sicherheitsindustrie und der Bundeswehr aus.

4. Forschungssicherheit braucht effektive Selbstkontrolle

Der wissenschaftlichen Selbstkontrolle kommt bei der Gewährleistung von Forschungssicherheit eine entscheidende Rolle zu. Ob Forschungsvorhaben ethisch oder mit Blick auf die Konsequenzen für die strategische Autonomie Deutschlands verantwortbar sind, muss frühzeitig von Expertinnen und Experten beurteilt werden. Eine zentrale staatliche Kontrolle widerspräche der Wissenschaftsfreiheit, würde enorme bürokratische Belastungen erzeugen und wäre nicht mit der nötigen Fachexpertise ausgestattet. Wir lehnen sie daher ab und sprechen uns für dezentrale Bottom-up Prüfungen auf Verantwortbarkeit aus.

- Die Bundesregierung ist dazu aufgerufen, zu prüfen, inwiefern sie die Arbeit der wissenschaftlichen Selbstregulierung durch Leitlinien und Beratungsstellen unterstützen kann.
- Wir befürworten die Implementierung von Kommissionen für Ethik in der Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Diese sind ein bereits bewährtes und geeignetes Mittel, um Forschungsvorhaben individuell auf ihre Verantwortbarkeit hin zu überprüfen. Gleichwohl müssen neben ethischen Aspekten verstärkt auch Implikationen für die nationale Sicherheit beraten werden. Kommissionen für Ethik in der Forschung sollen somit auch Kommissionen für Verantwortung in der Forschung sein.
- Da Kommissionen für Ethik in der Forschung keine Überwachungsorgane sind, sind sie auf Bekanntheit an Ihren Einrichtungen angewiesen. Es ist an allen Verantwortlichen in Ministerien, Hochschulleitungen und Instituten, die Bekanntheit der KEFs zu fördern.

5. Weniger Bürokratie und mehr Sicherheit bei Forschungsk Kooperationen

Internationale Kooperation ist ein elementarer Bestandteil von exzellenter Forschung. Die Fraktion der Freien Demokraten spricht sich für eine Intensivierung der Forschungsk Kooperationen mit Wertepartnerstaaten aus. Die Beziehungen zu Staaten, die gänzlich andere Werte und Ziele als Deutschland und Europa verfolgen, müssen weiterhin einem konsequenten De-Risking unterzogen werden. Es braucht eine realistische und interessen geleitete Ausrichtung von Forschungsk Kooperationen, die sich weder durch radikale Abschottung noch durch Naivität auszeichnet.

Wie auch bei der Prüfung der Verantwortbarkeit von Forschungsvorhaben im Hinblick auf ethische Fragenstellungen sowie Fragestellungen der nationalen Sicherheit ist auch bei Forschungsk Kooperationen ein dezentraler Ansatz der Kontrolle der richtige Weg.

- Hierfür soll der Bund mit Negativlisten nach kanadischem Vorbild rote Linien definieren. Konkret sollen Listen von ausländischen Forschungseinrichtungen und spezifischen Forschungsfeldern bestimmt werden, bei denen eine Kooperation pauschal ausgeschlossen ist.
- Darüber hinaus müssen Forschungseinrichtungen und Hochschulen bei der Prüfung von Forschungsk Kooperationen und der Zusammenarbeit mit Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern generell unterstützt werden. Bund und Länder sind dazu aufgerufen, ihre Hochschulen und Forschungseinrichtungen dahingehend zu ertüchtigen. Es braucht geeignetes Personal, beispielsweise für die vertragliche Ausgestaltung von Kooperationen. Ebenso braucht es digitale Due-Diligence-Tools, wie den Chinese

Defence Universities Tracker des ASPI, um Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Lage zu versetzen, informierte Entscheidungen treffen zu können.

- Weiterführend ist die Möglichkeit von Sammelausfuhrgenehmigungen für Forschungsk Kooperationen auf Projektbasis zu prüfen.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland ist zudem um Aspekte der Sicherheit bei Forschungsk Kooperationen, auch auf internationaler Ebene, zu ergänzen.

6. Keine Forschungssicherheit ohne Cybersicherheit

Es ist ein Gebot der nationalen Sicherheit und der Verantwortung gegenüber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Ergebnisse ihrer Forschung durch solide Cybersecurity-Systeme zu schützen. Die digitalen Sicherheitsstandards an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind in weiten Teilen erschreckend niedrig. Seit Jahren sind deutsche Universitäten immer wieder nach erfolgreichen Ransomware-Angriffen in den Schlagzeilen. Allein im Jahr 2023 wurden mehr als zehn erfolgreiche Attacken bekannt.

Es werden private Daten von Studierenden und Lehrenden geraubt, komplette IT-Systeme in Geiselhaft genommen und sensible Forschungsdaten gezielt gestohlen. Derartige Angriffe bleiben oft für Monate oder Jahre unbemerkt und die entsprechenden Sicherheitslücken weit offen. Es ist zu befürchten, dass der teilweise bedenkliche Zustand der Cybersicherheit deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen diese als Kooperationspartner für Unternehmen und internationale Partner unattraktiv macht.

Die IT-Infrastrukturen von Hochschulen sind häufig hochgradig heterogen und dezentral verwaltet. Solche Systemarchitekturen verlangen ihren Nutzern eine besondere Verantwortung ab.

- Hochschulen, Forschungseinrichtungen und ihre Träger sind in der Pflicht, ihre Cybersecurity-Kapazitäten schnellstmöglich an die zunehmenden Sicherheitsrisiken anzupassen und auf den Stand der Technik zu bringen.
- Des Weiteren sollten wie in der Privatwirtschaft üblich Belohnungen für das Melden von bestehenden Sicherheitslücken in Bug-Bounty-Programmen ausgelobt werden, um die Dynamik privater Initiativen (White-Hat-Hackern) zu nutzen.
- Studierende und Angestellte von Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen durch entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote in Grundlagen der IT-Sicherheit ausgebildet werden. Dies trägt nicht nur dazu bei entsprechende Angriffsvektoren an Forschungseinrichtung zu reduzieren. Es ist auch ein Beitrag dazu, die Sicherheit in den Unternehmen zu stärken, in denen die Absolventen auf ihrem späteren Karriereweg arbeiten.